

Die "Laibacher Zeitung" erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Bestellung in's Hans sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmonde-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 6. Mai d. J. geruht, dem Großhändler Karl Stalitz in Triest die Bewilligung allergnädigst zu ertheilen, den ihm verliehenen Posten eines herzoglich sachsen-altenburg'schen Konsuls in Triest anzunehmen und das bezügliche Bestellungsdiplom mit dem Allerhöchsten Exequatur allergnädigst zu versehen.

## Nichtamtlicher Theil.

In der am 9. Mai d. J. stattgefundenen Sitzung hat die Direktion der krainischen Sparkasse den Beschluss gefasst, für die Abbrandler der Ortschaft Oberriethenthal, Pfarre Königstein, im Bezirke Neustadt, aus dem Reservefond einen Unterstützungsbeitrag pr. 300 fl. (dreihundert Gulden öst. W.) aus dem Sparkasse-Reservefond zu veranschreiben.

Nachdem die k. k. Landesregierung hiezu die Genehmigung ertheilt hat, wird dieser hochherzige Beschluss mit der verdienten Anerkennung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Laibach am 10. Mai 1865.

Für die Notleidenden Inner-Krains wurden in der Zeit vom 7. bis zum 13. Mai d. J. nachstehende Gaben von den nachnamten Spendern, welchen hiemit der Dank ausgedrückt wird, erlegt:

1. Durch die k. k. Gymnasial-Direktion in Krainburg das Ergebnis einer am dortigen Gymnasium eingeleiteten Sammlung mit . . . .	20	79
2. Durch das k. k. Bezirksamt Groß-Laschitz:		
a) Der Sammlungsertrag aus der Pfarre Groß-Laschitz mit fl. 44.—		
b) Der Sammlungsertrag aus der Pfarre St. Kanzian mit . . . .	10.—	
c) Der Sammlungsertrag aus der Pfarre St. Gregor mit . . . .	11.—	
d) Der Sammlungsertrag aus der Pfarre Kopain mit . . . .	1.651	
Zusammen mit . . . .	66	65½
3. Durch das k. k. Bezirksamt Umgebung Laibach das Sammlungsergebnis aus der Gemeinde Brundorf mit . . . .	8	64
4. Durch das k. k. Bezirksamt Lack der Ertrag einer in der Pfarre St. Leonhard veranstalteten Sammlung	4	—
5. Durch das k. k. Bezirksamt Ratschach	15	67
6. Durch die Redaktion der „Zgodnja Danica“	23	50
7. Durch die Redaktion der „Novice“ und 2 Stück kais. Dukaten.	32	7
Zusammen mit . . . .	171	32½
und 2 Stück kais. Dukaten.		

Hiezu:

Die in den Nrn. 58, 64, 71, 77, 83, 88, 96 und 105 der „Laibacher Ztg.“ ausgewiesenen Beträge mit . . . . 16.555 2  
2 Fünffranks,  $\frac{1}{2}$  Napoleonodor, 1 kais. Dukaten, 3 Silberzwanziger und 2 Rubelscheine ergibt sich der Gesamtbetrag von . . . . 16.726 34½  
2 Fünffranks,  $\frac{1}{2}$  Napoleonodor, 3 Stück kais. Dukaten, 3 Silberzwanziger und 2 Rubelscheine.  
Vom k. k. Landes-Präsidium Laibach am 13. Mai 1865.

Laibach, 14. Mai.

Die Antwort des kaiserlichen Kabinetts auf die preußische Note, welche von der Einberufung der schleswig-holstein'schen Volksvertretung handelt, ist Freitags von Wien nach Berlin abgegangen.

Das Berliner Kabinett hatte sich dahin ausgesprochen, daß es den beiden Großmächten unbenommen bleiben solle, mit der schleswig-holstein'schen Volksvertretung Separatverhandlungen zu pflegen. Darauf erklärt nun das österr. Kabinett, daß es nicht in der Lage sei, diesem Antrage beizustimmen, es müsse im Gegentheile darauf bestehen, daß die Vorlagen nur gemeinschaftlich zu geschehen haben. Es ergibt sich hieraus, daß die Verhandlungen über diese letzteren noch nicht begonnen haben können, da man sich noch gar nicht über die Stellung geeinigt hat, welche die beiden Großmächte der Volksvertretung gegenüber einzunehmen haben.

Das österreichische Kabinett hat übrigens neuerdings darauf hingewiesen, wie dringend nothwendig es sei, die Stände in der möglichst kürzesten Frist einzuberufen, um auf diese Weise der Bevölkerung der Herzogthümer Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche auszusprechen, was man als den Hauptzweck der Ständeberufung betrachte. Um diese letztere nicht zu verzögern, habe man es unterlassen, irgendwie bestimmte Forderungen in Bezug auf den Wahlmodus aufzustellen und sich bereit erklärt, sowohl dem Wahlgesetz vom Jahre 1831, als auch dem vom Jahre 1848 oder dem vom Jahre 1854 oder einem gänzlich neuen seine Zustimmung zu geben. Das kaiserliche Kabinett lege dem Wahlgesetz keine besondere Bedeutung bei, ihm sei es vor Allem darum zu thun, die Wünsche des Landes kennen zu lernen.

Die Grundlagen der zwischen Pius IX. und Victor Emanuel getroffenen Vereinbarung sind nach dem „Bild.“ folgende:

Der heilige Vater wird unmittelbar und mit aller Freiheit die erledigten Bischofsstühle in ganz Italien besetzen.

Die exilierten Bischöfe werden von ihren Bistümern wieder Besitz ergreifen.

Die neuen vom Papste ernannten Bischöfe werden der weltlichen Autorität keinen Eid zu leisten verpflichtet sein.

Sie werden in Besitz ihrer bischöflichen Menschen treten.

Die päpstlichen Ernennungsbullen werden dem missbräuchlichen Exequatur nicht unterzogen werden.

Die Seminarien endlich bleiben unter der Leitung der Bischöfe ohne jegliche Einnischung der weltlichen Gewalt.

Eine Korrespondenz aus Rom in der „Opinione“ erwähnt bezüglich der Unterhandlungen Begezzi's mit der Curie eines Gerüchtes, das über die Besetzung der vakanten Bischofstühle hinausgreift. Danach habe Begezzi von einem Vikariat gesprochen, das dem König Victor Emanuel verliehen werden sollte. Der Papst würde dem König von Italien die Investitur geben, die Oberhoheit behalten und einen Tribut beziehen. Rom würde zur Hauptstadt Italiens erklärt werden und Florenz der Sitz der Regierung bleiben.

In Washington macht jetzt alle Welt dem Präsidenten Johnson den Hof, der sich der Partei der Radikalen zuzuneigen und entschlossen scheint, die Konsöderirten mit grösster Strenge zu behandeln. Einen Augenblick war sogar das Gericht verbreitet, es werde daran gedacht, das dem General Lee gegebene Wort zurückzunehmen und ihn für seinen langen Widerstand persönlich zu bestrafen; doch ist's bis jetzt beim bloßen Gerücht geblieben. Grant und seine Soldaten sind für eine versöhnliche und gemäßigte Politik. Die Armee Lee's hat ihre Verpflichtungen eingehalten, und am 13. April sind alle, die ihr angehört hatten, nach Hause zurückgekehrt.

Die Franzosen sind außer sich vor Staunen, daß die Zivilgewalt in Nordamerika es gewagt habe, dem siegreichen General Sherman einen so scharfen Verweis zu ertheilen. Das ist nach französischen Vergriffen etwas ganz Ungehöriges und wird mit unter die seltsamen Lehren gezählt, welche die französische Nation aus der Geschichte des jüngsten Krieges in Amerika sich zu Nutzen macht.

## 13. Sitzung des Herrenhauses

vom 12. Mai.

Präsident: Fürst Carlos Auersperg.

Auf der Ministerbank: Mecsey, Lasser, Frank, Nádasdy.

Fürst Stahremberg und Graf Althann bringen Petitionen der Linzer und der Klattauer Sparkassen um Freigabe des Zinsfußes bei Realhypotheken und Conte Fanfogna übergibt eine ähnliche von Seite der Budweiser Sparkasse.

Es wird zum Gegenstande der Tagesordnung, Fortsetzung der Debatte über die Gesetzesvorlagen, betreffend die Bemessung, Vorschreibung und Einhebung der Erwerbs- und Einkommensteuer von Eisenbahnenunternehmungen übergegangen.

Der Berichterstatter der Majorität der Kommission Ritter v. Pipiz erhält das Wort. So wenig er es wünschen kann, daß man sich mit einer fragmentarischen Gesetzgebung befasse, so halte er eine solche doch in diesem Falle angezeigt. Man habe zwar vor geschlagen, die Buschläge nicht der Gemeinde, sondern den Ländern oder gar den Eisenbahnen zuwenden, er könne sich dem nicht anschließen. Die Theilung in zwei Hälften empfiehlt sich, die Hälfte sei der entsprechende Coeffizient für den Stamm sowohl als für die Zweige. Was das dreijährige Provisorium betreffe, so hofft die Majorität der Kommission, daß nach Ablauf desselben die Steuerreform werde durchgeführt sein. Man will mit diesem Provisorium durchaus nicht sagen, daß später kein anderer Vertheilungsmodus beliebt werden kann. Das gegenwärtige Gesetz zeige einen Fortschritt, der gewiß nach Ablauf des Provisoriums sich noch vergrößern wird.

Minister v. Lasser: Man habe von dem Mangel an Material gesprochen, weshalb man sich über die Folgen dieses Gesetzes nicht klar werden könne. Sollte auf die Schlussfassung des Hauses das Materiale, enthaltend die Quoten, welche auf die Gemeinden entfallen, von Entscheidung sein, so bemerkte er, daß er in vierzehn Tagen in der Lage sein würde, dieses Material beizustellen. Er habe gestern die Mängel und Bedenken, welche der Regierungsvorlage anstehen, bezeichnet, aber er hoffe, daß dieselben nicht als so bedeutend angesehen werden, um die Regierungsvorlage zu beseitigen. Er betone neuerdings, daß man an eine Verbesserung der gegenwärtigen Zustände denke, nicht aber der Frage aus dem Wege gehen solle. Der Übergang zur Tagesordnung ist aber das letztere. Das Mindeste, was man aus den bisherigen Verhandlungen entnehmen könne, ist, daß eine reifliche Erwägung des Gegenstandes nothwendig sei. Alle Landtage haben sich ausgesprochen, die ganze Angelegenheit ist in weiten Kreisen angelegt, sie wird durch die Tagesordnung nicht zum Schweigen gebracht.

Freiherr v. Lichtenfels: Die Bemerkung des Herrn Ministers v. Lasser, daß er in der Lage sein werde, wertvolles Material beizustellen, bewege ihn zu einem Antrage, denn der Mangel des in Rede stehenden Materials wurde in der Kommission sehr gefühlt. Wenn das Haus heute zur Tagesordnung übergeht, so widerspricht es gewiß heuer seinem vorjährigen Beschlüsse. Er beantragt, den Beschluß aufzusetzen bis die vom Ministerium zugesagten statistischen Daten über den Einfluß, welchen die Kommun-

nal- und Landeszuschläge in den einzelnen Kronländern auf den Ertrag der Eisenbahnen nehmen werden, eingelangt sind. (Wird unterstützt.)

Graf Wickenburg: Seit zwei Jahren wird über diese Angelegenheit im Reichsrath verhandelt. Ein Materiale hat es nicht gefehlt, das fehlende kann keine entscheidende Wirkung ausüben. Man brauchte nur die Eingaben der Eisenbahnen gegen das Gesetz einzusehen, um zu erfahren, daß die Eisenbahnen in ihren Interessen schwer beschädigt würden. Man wird, wenn die Gewissheit vorliegt, daß die Eisenbahnen mitbezahlen, gewiß bei den Gemeindeumlagen weniger rigoros vorgehen. Redner ist deshalb gegen die Vertagung.

Freiherr v. Lichtenfels widerlegt die Bemerkungen des Grafen Wickenburg, welcher wieder repliziert.

Die Debatte wird geschlossen, der Berichterstatter der Majorität verzichtet auf das Wort.

Es wird zur Abstimmung geschritten, der Antrag des Baron Lichtenfels bleibt in der Minorität.

Es entspint sich eine längere Debatte zwischen den Fürsten Windischgrätz, Graf Wickenburg, Graf Clam-Gallas, Fürst Jablonowski über die Abstimmung.

Schließlich wird der stenographische Bericht verlesen, woraus folgt, daß die Vertagung verworfen wurde. (Unruhe.)

Graf Clam-Gallas stellt den Antrag, noch einmal über den Antrag des Baron Lichtenfels abzustimmen. (Wird angenommen.)

Der Antrag des Baron Lichtenfels bleibt abermals in der Minorität.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gelangt zur Abstimmung.

Das Resultat ist zweifelhaft. Es wird zur namentlichen Abstimmung geschritten und bei derselben der Uebergang zur Tagesordnung mit 32 gegen 23 Stimmen angenommen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung unbestimmt.

## 61. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 12. Mai.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Hein, Burger, Frank, Sekretär v. Kalsberg, Ministerialrath Schmidt (Handelsministerium), Ministerialrath Gobbi (Finanzministerium).

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einläufe wird zur Tagesordnung geschritten. Auf derselben steht der Bericht des Ausschusses über den Gesetzentwurf bezüglich der Begünstigungen für die Unternehmung der siebenbürgischen Bahn.

Der Ausschuß beantragt vorläufig nur den Bau der Linie Arad-Alvincz-Karlsburg zu konzessionieren und die Regierung aufzufordern, über die Fortsetzung dieser Linie gegen Klausenburg, Kronstadt und Hermannstadt, letztere Richtung mit Berücksichtigung der Trage Karlsburg, Kopos-Hermannstadt dem Reichsrath in der nächsten Session eine Vorlage zu machen. Der Ausschuß beantragt, dem Unternehmer die Gewährleistung eines jährlichen Reinerträge von 1.050.000 fl. zuzustimmen. Die Regierung soll ferner ermächtigt werden, wenn ein Konzessionswerber zu dem Bane sich nicht findet, die Ausführung einem Unternehmer zu übertragen und die zum Bane nötigen Gelder bis zur Höhe von 13,500.000 fl. im Wege des Kredits aufzubringen.

Eine Minorität des Ausschusses, vertreten durch den Abg. Steffens, stellt den Antrag, die Garantiesumme mit 1.118.000 fl. festzusetzen.

Der Berichterstatter Dr. Rechbauer liest den Bericht.

In der Generaldebatte ergreift

Abg. Skene das Wort gegen die Ausschus-Anträge. Er erwähnt der von dem Handelsministerium über das österreichische Eisenbahnen veröffentlichten Broschüre. Aber das genüge nicht, man müsse ein Konzessionsgesetz haben und ein vom Reichsrath beschlossenes Eisenbahngesetz nach Kategorien abgetheilt, welche nacheinander zur Ausführung kommen sollen. Man müsse mit der jetzigen Art und Weise, Eisenbahnen zu kreieren, ganz brechen, da diese weder für die Staatsfinanzen noch für die Interessen des Publikums von Vortheil sind. Redner schildert, wie um Konzessionen von Konsortien geworben wird, wie sie diese erlangen und wie dann die betreffende Vorlage vor das Haus gebracht werde und die Regierung bei der Bahn Vaterstelle vertrete. Der Ausschuß kommt dann in die Lage, die gebotene Trage entweder anzunehmen oder abzulehnen. Will der Ausschuß nun etwas von der Garantiesumme abstreichen, so erkläre die Regierung, sie könne einen so hohen Abstrich nicht zugeben, sonst komme die Bahn nicht zu Stande. Kommt dann die Sache ins Haus, so werden alle Diesenigen, in deren Interesse der Bau liegt, für die hohe Summe stimmen, um nur die Bahn zu erhalten. Weiter schildert Redner, wie die Bahn aus der Hand des

Konsortiums in die des Unternehmers und hierauf in die des Verwaltungsrates übergehe, welcher auf dem Ruhebett der Subvention es sich wohl gehen lasse. Der Verkehr habe das Nachsehen. Er begreife nicht, wie die Regierung die Verantwortlichkeit für solche Vorgänge übernehmen könne, da sie gar keinen Grund dazu habe. Er hält es für zweckmäßig, ein Eisenbahngesetz definitiv festzusetzen, die Vermittlung von Konsortien zu beseitigen und die Begünstigungen ganz abzuschaffen.

Mit jeder Eisenbahn, die man kreire, schaffe man auch ein Monopol, dem man die Ausbeute eines Theiles des Verkehrs überlasse. Die Regierung müsse die Eisenbahnen durch Unternehmer selbst bauen lassen und selbst den Betrieb übernehmen. Die englische Regierung sei, von diesem Prinzip ausgehend, mit dem Plane beschäftigt, alle Bahnen für die Regierung einzulösen. Es lassen sich wohl viele „Wenn“ und „Aber“ gegen seine Idee einwenden, aber sie lassen sich auch widerlegen. Der Staat sei offenbar besser in der Lage, Eisenbahnen im Interesse des Publikums zu verwalten, als eine Aktiengesellschaft. Die schlechten Erfolge, welche wir in dieser Beziehung an Staatsbahnen erlebt, liegen nach der Ansicht in der damaligen Regierungsform. In Österreich könnte man durchschnittlich die Meile Eisenbahn für 550.000 fl., inclusive des fundus instructus, bauen. Das Kapital könne zu einem Preise beschaffen werden, daß es eben die dem Zinsfuß entsprechende Rente abwirft. Den Zinsfuß von 7 auf 5 p.C. herabzusetzen, könnte in wenigen Jahren gelingen. Die Bahn, von welcher eben die Rede ist, habe Gelegenheit gegeben, einen Theil seiner Ideen zu realisiren, indem die Regierung den Bau selbst in die Hand nahm. Wenn der Vorgang auch ein verfassungswidriger genannt werden müsse, so seien die Voraussetzungen doch so günstig, daß er den Versuch mit Freuden begrüße. Sie möge den Betrieb auch selbst in die Hand nehmen und bedenken, daß dann die für die Theißbahn notwendige Garantiesumme kleiner wird. Er bedauert, daß die Regierung seine diesfälligen Anträge im Ausschuß ablehnte und hofft, daß sie in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen habe. Der Ausschuß habe ihr eine Alternative gestellt und er könne nur mit dem Wunsche schließen, die Regierung möge den von ihm angedeuteten Weg einschlagen.

Da sich Niemand zum Worte meldet, erklärt Präsident die Debatte für geschlossen.

Leiter des Handelsministeriums Freiherr von Kalsberg: Man habe der Regierung vorgeworfen, daß dieselbe sich gegenüber ihrer vorjährigen Vorlage eine Inkonsistenz habe zu Schulden kommen lassen; diese bestehe durchaus nicht. Man sei heuer wie im vorigen Jahre von dem System ausgegangen, die drei Städte Klausenburg, Kronstadt und Hermannstadt durch eine Eisenbahn zu verbinden, und habe erklärt, daß vor Allem die Bahn über den Rothenthurmpaß die Verbindungsbahn mit der Walachei sein solle. Diesen Standpunkt halte die Regierung auch heuer fest und wenn dieselbe auch zunächst nur die Linie Arad-Alvincz-Hermannstadt-Rothenthurmpaß mit Hinblick auf die weitere Fortsetzung dieser Bahn nach Bukarest, Giurgevo, Russischuk und Varna im Auge habe, so sei damit durchaus nicht gesagt, daß die Regierung einem Wunsche, nach welchem auch die Städte Klausenburg und Kronstadt seiner Zeit an diese Hauptlinie angeschlossen werden sollen, sich zu widersetzen Lust habe. Dieser Standpunkt sei aber auch der der Eingabe des siebenbürgischen Landtages, in welchem auch die Verbindung dieser drei Städte als das vor Allem Wünschenswerthe, bezeichnet wurde. Vergleiche man das, was die Regierung und der Landtag Siebenbürgens auf der einen Seite und der Ausschuß auf der anderen Seite proponirt, so reduziere sich der Unterschied darauf, daß die Regierung dem Lande Siebenbürgen 10<sup>1/2</sup> Meilen Bahn mehr zugedacht habe als der Ausschuß. Der Ausschuß habe die Linie Alvincz-Hermannstadt abgeworfen, die Regierung könne also von ihrem Standpunkte die von dem Ausschuß proponierte Linie Arad-Alvincz-Karlsburg als Abschlagszahlung darauf betrachten, was sie im heurigen und im vorigen Jahre proponirte. Dies müsse er zur Beruhigung Siebenbürgens und im Interesse des Reiches aussprechen, weil man eine Bahn schaffen wolle, die eine entsprechende Zukunft habe und für das Reich und die Bedürfnisse derselben von Belang und Wirksamkeit sein werde. Wenn man die Linie Alvincz-Hermannstadt noch in Zweifel ziehe und es erst der Zukunft überlassen wolle, ob diese Linie überhaupt gebaut werden soll oder nicht, dann präjudiziere man dem, was der siebenbürgische Landtag selbst gewollt hat, man präjudiziere dem Ausgange der Bahn beim Rothenthurmpaß. Wenn man die Interessen Hermannstadt's in Betracht zieht, so müsse er doch fragen, wohin denn das Interesse dieser Landestheile und der Stadt Hermannstadt gravitiren werde, ob nach Kronstadt oder Galatz, oder ob nicht vielmehr nach Pest, Oden und Wien. Es sei natürlich, daß, wenn man auch die Linie Rothenthurmpaß ganz be-

seitigen wolle, denn nach Hermannstadt und Umgebung mit Alvincz verbunden werden müssen. Der Herr Leiter des Handelsministeriums macht ferner noch darauf aufmerksam, daß der Bau der Eisenbahn Russischuk-Varna bereits im Gange sei, und nach Allem, was über die walachischen Zustände bekannt sei, die walachische Regierung am allerwenigsten sich mit einem Abschluß von Galatz aus zufrieden stellen würde, wenn ihr beharrlich der Abschluß über Orsova und über den Balkanpaß nicht gestattet würde. Der Ausschussbericht berufe sich auf das Gutachten des kaiserl. Rathes Schimke, er enthalte einen großen Theil des von diesem tüchtigen Fachmann abgegebenen Gutachtens, habe jedoch jenen Theil des Gutachtens gänzlich ausgelassen, in welchem sich dieser gründliche Kenner der dortigen Verhältnisse mit der größten Entscheidtheit und Wärme für die Linie Rothenthurmpaß-Bukarest-Russischuk-Varna ausspricht. Der Ausschussbericht knüpfe an das von der Staatsverwaltung mit der Kreditaufstalt getroffene Uebereinkommen vom 6. Juli 1864 die Bemerkung, daß dasselbe eine Verletzung der Verfassung sei, die entschieden mißbilligt werden muß. Aus bloßen praktischen Rücksichten hätte er nicht nothwendig, auf diese Stelle insbesonders zurückzukommen, denn der Ausschuss selbst sagt, es sei, da die Sache sich als zweckmäßig darstelle, die nachträgliche Genehmigung zu geben. Dies würde ihn der Verpflichtung, diesen Vorgang zu rechtfertigen, überheben. Der Vorwurf jedoch, man habe sich eine Verfassungsverletzung hier zu Schulden kommen lassen, sei ein zu ernster, als daß er darüber hinweggehen könnte. Aus einer selbst nur oberflächlichen Betrachtung der Verfassungsbestimmungen könnte er diesen Vorwurf als einen geradezu unberechtigten und unbegründeten zurückweisen. Das Uebereinkommen mit der Kreditaufstalt bestand eben darin, daß die Regierung für den Fall, als ein Konzessionär für den Weiterbau der einmal begonnenen Bahn sich nicht finden sollte, die Bürgschaft für die von diesem Institute gemachten Auslagen übernehme, also für einen Fall, der gar nicht in das Bereich der Wahrscheinlichkeit gehört.

Zwischen einer Kredit- und Finanzoperation, und einer derartigen Bürgschaft bestiehe denn doch ein großer Unterschied. Berufe man sich auf die Bestimmungen der Verfassung, so müsse er doch fragen, ob denn diese Bürgschaftsleistung wirklich ein Gegenstand der Gesetzgebung sei, und als solcher vor den Reichsrath gehöre, er übernehme gerne die Verantwortung für diesen Vorgang, den er selbst proponirt habe. Er könne nicht zugeben, daß dieser Fall unter §. 13 gehöre; aber selbst den Fall angenommen, daß auf denselben der §. 13 Anwendung fände, so habe doch die Regierung in ihrer Denkschrift ganz ausführlich die Gründe und Erfolge dieser von ihr getroffenen Maßregel dargelegt. Die Bemerkung des Ausschussberichtes, es hätte nach dem Gesetze vom 13. Dezember 1862 der reichsräthlichen Staatschulden-Kontrolle-Kommission über diesen Vorgang Mittheilung gemacht werden sollen, finde er für durchaus nicht berechtigt, denn dieser Paragraph enthalte darüber gar nichts; er wisse nicht, wie die Kontrolle-Kommission mit einer derartigen Vorlage gehabt habe. Es sei denn, daß man sich unter derselben eine Kommission vorstelle, welche eine permanente Überwachung der finanziellen Gebahrung sein sollte. Die Regierung habe vollkommen in ihrem Rechte gehandelt und alle Bedingungen erfüllt, die verfassungsmäßig zu erfüllen waren. Ich muß noch, schließt Redner, den Wunsch aussprechen, daß man mit so inhaltschweren Worten wie Vertragsbruch, Verfassungsbruch ein Bischen aushalte, und ich glaube, daß die Wärme, mit der ich mich gegen diese Insinuationen verwahre, gerade dafür der Beweis sein werde, daß ich von der Verfassung und den Verpflichtungen der Regierung gegenüber derselben die allergrößte Achtung habe.

(Schluß folgt.)

## Oesterreich.

Wien, 11. Mai. Der Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses begann heute die Berathungen des Staatsvoranschlages für 1866. Für den Allerhöchsten Hofstaat wurde das ordentliche Erforderniß mit 6.049.360 fl., das außerordentliche Erforderniß mit 1.370.640 fl. und das Erforderniß für die Kabinetskanzlei Sr. Majestät des Kaisers mit 63.482 fl. ohne Debatte bewilligt. Dagegen regte der Etat der politischen Verwaltung, welcher hierauf zur Berathung gelangt, eine längere Diskussion bei einzelnen Tischen an.

Die Anträge des Referenten Dr. Taschel waren zum Theil konform mit den diesbezüglichen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, zum Theil aber in den Abstrichen noch weitergehend.

Minister Lasser verwahrt sich speziell bei dem Titel „Politische Verwaltung in den Kronländern“ gegen den bedeutenden Abstrich, der von Dr. Herbst hier beantragt wird, und wünscht, daß seine Verwaltung zu Protokoll genommen werde. Nichtsdestoweniger nimmt der Ausschuss den Antrag Herbst's an,

für den bezeichneten Zweck nur 9,900.000 fl. als ordentliches und 219.600 fl. als außerordentliches Erfordernis zu bewilligen. Von Seite der Regierung sind in dem Staatsvoranschlag für die politische Verwaltung in den Kronländern in Anspruch genommen 10,248.074 fl. als ordentliches und 294.224 fl. als außerordentliches Erfordernis. Nach dem Antrage Taschel's sollte der Abstrich ein noch größerer sein, als ihn der Ausschuss beschloß.

— 12. Mai. Der Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses setzte heute die Berathung über den Etat der politischen Verwaltung für das Jahr 1866 fort. Eine erhebliche Debatte ergab sich nur bei den Titeln 14 und 15: „Offizielle Zeitungen“ und „Allgemeiner Dispositionsfonds“, welche kumulativ behandelt wurden. Für die offiziellen Zeitungen nimmt die Regierung 330.455 fl. für den Dispositionsfonds eine halbe Million in Anspruch. Dr. Taschel als Berichterstatter beantragt, für die offiziellen Zeitungen 320.000 fl., für den Dispositionsfonds aber gar nichts zu bewilligen. Dr. Toman und Dr. Schindler geben der Regierung zu bedenken, ob nicht eine Verpachtung der offiziellen Zeitungen platzgreifen könne. Ersterer stellt den formulirten Antrag: für die offiziellen Zeitungen 200.000 fl. zu bewilligen, mit dem Wunsche, die Regierung möge zur Vermeidung von Auslagen und zur Steigerung der Einkünfte der offiziellen Zeitungen dieselben im Verpachtungswege den Meistbietenden überlassen. Dieser Wunsch wird vom Ausschusse acceptirt, dagegen die Biffer nach dem Antrage des Referenten mit 320.000 fl. angenommen.

Abg. Hagenauer beantragt für den Dispositionsfonds 200.000 fl., Abg. Winterstein nur 150.000 fl. zu bewilligen.

Schließlich wird der Antrag Winterstein's, für den Dispositionsfonds 150.000 fl. zu bewilligen, mit 16 gegen 9 Stimmen angenommen.

— Die Dante-Feier in Italien wird auch von Seite der österreichischen Regierung nicht ignorirt werden. Wie man vernimmt, ist aus diesem Anlaß die Gründung einer Stiftung für die Universität Padua beschlossen. Die österreichische Regierung bleibt auch diesmal nicht zurück, wo es gilt, das Andenken des gesieierten Italiener zu ehren und wird dieser Akt gewiß in Österreichisch-Italien ein dankbares Echo finden.

Graz, 10. Mai. Viele der Vorslagen, welche von Seite des Landesausschusses für den nächsten Landtag vorbereitet werden, beziehen sich auf das Unterrichtswesen, und es wäre zu wünschen, daß das Reich verhältnismäßig für Gründung und Hebung von Unterrichtsanstalten ebensoviel thun könnte, als unsere gar nicht opulente Provinz. Eine Reihe von Vorslagen und Anträgen bezieht sich auf die Umwandlung der Unterrealschule in ein Realgymnasium, auf Errichtung und Erhaltung von Real- und Gewerbeschulen aus Landesmitteln, auf die Gründung einer Ackerbau- und Weinbauschule in Pettau, schließlich auf den Bau der technischen Hochschule. Andere Gesetzentwürfe betreffen die Straßenkonkurrenz, die Erweiterung des landschaftlichen Krankenhauses, das Jagdrecht, die Zusammensetzung von Grundstücken, die Bezirksvertretungen und die Aufhebung der bisherigen Art der Kinderschulversorgung. Doch hängt die Entscheidung der letzteren beiden Landesangelegenheiten von Gesetzen ab, die der engere Reichsrath zu votiren hat.

Benedig, 13. Mai. Prinz Arthur von England ist heute Abends auf der Yacht „Enchuntreß“ hier eingetroffen.

Prag, 11. Mai. Heute Vormittags fand die Urtheilspublikation im Pressprozesse der „Národní Listy“ statt. Dr. E. Gregr wurde vom Verbrechen der Ruhestörung freigesprochen, dagegen des Vergehens der Aufwieglung und der Vernachlässigung der pflichtmäßigen Obhöre für schuldig erkannt und zu dreimonatlichem strengen Arrest und 500 fl. Kautionsverlust verurtheilt. Der Verurtheilte meldete die Verurteilung an.

Kolomea, 12. Mai (1 Uhr 40 Min. Nachmittags) Seit 10 Uhr Vormittags steht Kolomea in Flammen. Der ganze Ringplatz, mit Ausnahme des östlichen Theiles, ist bereits abgebrannt. Der heftige Sturmwind erschwert die Rettungsmaßregeln. — 2 Uhr 50 Min. Das Feuer wüthet noch immer. Die Kirche konnte gerettet werden. Das Kreisantsgebäude ist jetzt außer Gefahr. Bisher wurden über 300 Häuser ein Raub der Flammen. Der Sturm weht so heftig, daß mehrere eine Viertelmeile hinter der Stadt gelegene Fruchtschneuren abbrannten.

— 13. Mai. Der Brand hat am östlichen Rande der Stadt gestern Abends endlich die Grenze erreicht. 450 bis 500 Häuser sind eingäschert. Alle Vorsichtsmäßigkeiten sind getroffen, um einen Wiederausbruch des Brandes zu verhüten, da bei der noch überall vorhandenen Glut die Gefahr noch nicht vorüber ist. Das Unglück und der Schaden sind sehr groß, zumal wurde der armste Theil der Israeliten — an 800 bis 1000 Familien — sehr hart getroffen.

## Ausland.

München, 11. Mai. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer legte der Justizminister ein Amnestiegesetz vor und zeigte der Kammer an, daß der König einen Generalpardon für alle im Jahre 1849 desertirten Militärpersonen ertheilt habe. (Beifall.)

Stuttgart, 11. Mai. Die Kammer beschließt mit 69 gegen 4 Stimmen die Abschaffung der Brügelstrafe, ferner mit 76 gegen 5 Stimmen die Aufhebung der Kreisregierungen.

Berlin, 12. Mai. Die „Nordb. Allg. Btg.“ kann gegenüber den Behauptungen von einer theilweise oder gänzlichen Säistung der angeordneten Verlegung der Marinestation auf das bestimmteste versichern, daß die ganze Stammdivision nach Kiel verlegt werden wird.

Cuxhaven, 9. Mai. Die heute Morgen von Altona eingelangte Deputation zur Todtenfeier für die in dem Seegeschichte bei Helgoland Gefallenen wurde hier feierlich empfangen. Ganz Cuxhaven und Nibbittel, sowie alle Schiffe im Hafen flaggten. Eine zahlreiche Volksmenge befand sich am Hafen. Der Leuchtturm signalisierte: Franz Josef Imperator Austriae. Auf dem Kirchhof wurde unter der Beihilfe einer zahlreichen Volksmenge eine feierliche Todtenmesse gecelebriert. Das Bürgermilitär bildete Spalier. Aus Hamburg waren Senator Kirchenpauer und der österreichische Ministerresident Freiherr v. Lederer, aus Altona der Kommandirende der österreichischen Truppen in den Herzogthümern, General Kalik, zur Feierlichkeit erschienen.

## Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 15. Mai.

Vom Zentral-Comité der Eisenbahn Haag-Görz-Udine erhielt die Klagenfurter Handelskammer, wie die „Allg. Btg.“ vernimmt, die Mittheilung, daß das vorläufige Projekt der Linie Leoben-Tarvis laut Zusage des Ingenieurs Kazda schon dieser Tage in Vorlage kommen und die Abschrift des betreffenden Berichtes ungesäumt der Kammer zugehen werde. — Auf Grund dieses vorläufigen Projektes soll dann so gleich das Gesuch um Bannahme der ministeriellen Rekognosierungskommission eingebracht und die schleunige Bannahme dieser Rekognosierung veranlaßt werden. Jene der Linie Bruck-Haag ist bereits gepflanzt und es erfolgt die Bekanntmachung des Resultates nach dem Herauslangen der bezüglichen ministeriellen Erledigung. Die Detailliratur auf dieser Linie hat bereits begonnen. — Die Bannahme der Rekognosierungskommission auf der Linie Tarvis-Görz-Udine wird leider noch einige Zeit nicht veranlaßt werden können, da hierzu nothwendige Arbeiten noch im Rückstande sind.

— Auf dem Gösseldorfersee bei Eberndorf in Kärnten sind am 30. April und 1. Mai Proben mit einem kleinen Dampfschiff gemacht worden, welches nach einem neuen, von Hrn. Notar Rader in Bleiburg erfundenen Systeme konstruiert ist. Die sehr kleine Dampfmaschine setzt nämlich ein Pumpendruckwerk in Bewegung, welches am Vordertheil des Schiffes Wasser einsaugt und es mit großer Gewalt rückwärts hinaustreibt, so daß das Schiff weder Schaufelräder, noch einer Schraube zu seiner Fortbewegung bedarf. Das System ist wohl nicht neu, aber von Hrn. Rader in eigenthümlicher, sinnreicher Weise verwendet; das aus Blech erbaute Probeschiff ist 6' lang, 15" breit, mit 12" Tauchung und auf Kiel gebaut, und bewegte sich bei ganzer Belastung je nach der Dampfspannung mit einer Geschwindigkeit von 5 bis 6' per Sekunde, also nicht ganz eine Meile pr. Stunde. Die Sachverständigen, welche dem Versuche beiwohnten, erklärten sich allerdings für die Lebensfähigkeit dieser neuen Erfindung; aber es wird sehr großer Bervollkommenungen bedürfen, um selbst auf Seen bei glattem Wasser mit den jetzt gebräuchlichen Dampfschiffen konkurriren zu können. Ist es einmal dahin gekommen, dann steht ihm allerdings die Billigkeit der bewegenden Kraft fördernd zur Seite.

— In Marburg starb am 6. d. M. der hochw. Herr Real- und Normalschulen-Direktor Andreas Schocher, nach kurzem Krankenlager.

## Wiener Nachrichten.

Wien, 14. Mai.

Wie die „Národné Noviny“ melden, haben Se. Majestät dem Vorsteher des Franziskaner-Klosters auf der Insel Badija nächst Eurzola, Pater Serafin Iwasovic, 1000 fl. zu spenden geruht, und das Staatsministerium hat dem Franziskaner-Kloster in Krupina den Betrag von 800 fl. als Unterstützung angewiesen.

— Der Scharfrichter und Wasenmeister von Wien, Johann Georg Hofmann, ist gestorben.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 13. Mai. Die heutige „Nordb. Allg. Btg.“ meldet: Preußen hat den Vorschlag Oesterreichs, zur Feststellung der Rechtskontinuität zunächst die Provinzialstände vom Jahre 1854 in den beiden Herzogthümern einzuberufen, angenommen. Dieser Schritt war nothwendig, da die Provinzialstände berechtigt sind, über den Erlass eines neuen Wahlgesetzes gehört zu werden. Preußen habe deshalb vorgeschlagen, diese bestehenden Stände-Versammlungen unverzüglich durch Ausschreibung von Neuwahlen für die inzwischen eingetretenen Veränderungen zu vervollständigen, die Stände schlemmig einzuberufen und denselben ein Wahlgesetz für eine gemeinschaftliche Vertretung beider Herzogthümer vorzulegen, entweder nach dem Muster der Verfassung vom Jahre 1848 oder auf dem Prinzip allgemeiner und direkter Wahlen. Wenn Oesterreich einverstanden ist, seien die Neuwahlen sofort vorzunehmen.

Die „Nordb. Allg. Btg.“ hört ferner, daß das umfangreiche Referat des Kronsyndikus Hessler nunmehr ebenfalls dem Kronsyndikate vorliege, und daß die Plenarsitzungen am 8. Juni beginnen werden.

Kiel, 13. Mai. Das preußische Panzerschiff „Arminius“ und die Korvette „Viktoria“ sind heute hier eingelaufen.

Weiz, 13. Mai. Guten Vernehmen nach erhielt Marschall Forey den Auftrag, den König von Preußen in der Rheinprovinz Namens des Kaisers zu begrüßen.

Paris, 13. Mai, (Abende.) Der „Abend-Moniteur“ veröffentlicht ein Dekret der Kaiserin, welches die Session der Legislative vom 15. Mai bis 14. Juni d. J. verlängert.

Der „Moniteur“ meldet aus Medea, 12. Mai, 7½ Uhr Abends: Der Kaiser ist gestern hier eingetroffen und heute Morgens wieder nach Algier abgereist.

New-York, 3. Mai (Mittags). Man versichert, Kirby Smith unterhandle wegen einer Kapitulation. Taylor soll einen Waffenstillstand unter Bedingungen wie Johnstone abgeschlossen haben.

Grant beginnt mit der Reduktion der Armee. 400.000 Mann werden entlassen.

Die Beschränkungen des Handels mit dem Süden wurden aufgehoben.

Es geht das Gericht, Seward, Stanton und Welles hätten die Absicht, ihre Entlassung einzureichen.

## Markt- und Geschäftsbüchlein.

Wiener Fruchtbörse. (Telegramm vom 13. Mai.)

Weizen: Weissenburger, loco Weissenburg, fl. 3.50, 87—88 Pf.

Pressburger, loco Pressburg, fl. 3.75, 87 Pf.

Maroscher, loco Raab, fl. 3.85, 88—90 Pf.

Banater, loco Raab, von fl. 3.60, 85—86

Pf., bis fl. 4.—, 88½ Pf.

Banater, loco Raab, fl. 3.80, 88 Pf.

Weissenburger, loco Raab, fl. 3.55, 87 Pf.

Hafner: Ungarischer, Transito, von fl. 1.70, 50 Pf.,

bis fl. 1.74, 51—52 Pf.

Ungarischer, Transito, von fl. 1.78, 50 Pf.,

bis fl. 1.84, 52 Pf.

Oberösterreichischer, Transito, von fl. 1.60,

49 Pf., bis fl. 1.64, 49 Pf.

Umsatz in Weizen 40.000 Micken.

Laibach, 13. Mai. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 8 Btr. 10 Pf., Stroh 80 Btr. 61 Pf.), 94 Wagen und 8 Schiffe (40 Klafter) mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Micken fl. — (Magazins-Preis fl. 4.04); Korn fl. — (Mg. Pr. fl. 2.55); Gerste fl. — (Mg. Pr. fl. 2.38); Hafner fl. — (Mg. Pr. fl. 1.95); Halbsrucht fl. — (Mg. Pr. fl. 2.82); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.75); Hirse fl. — (Mg. Pr. fl. 2.65); Kulturuk fl. — (Mg. Pr. fl. 2.87); Erdäpfel fl. 1.80 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.— (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 3.70 (Mg. Pr. fl. —); Fisolen fl. 3.75 (Mg. Pr. fl. —); Rindfischmalz pr. Pf. fr. 55, Schweineschmalz fr. 42; Speck, frisch fr. 32, geto geräuchert fr. 42; Butter fr. 50; Eier pr. Stück fr. 1; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 19—21, Kalbfleisch fr. 18, Schweinfleisch fr. 23, Schöpfsfleisch fr. 13; Hähnchen pr. Stück fr. 25, Tauben fr. 12; Hen pr. Btr. fl. 1.10, Stroh fr. 75; Holz, hartes 30", pr. Klafter fl. 8.—, geto weiches fl. 5.60; Wein (Mg. Pr.) rother pr. Eimer 13 fl., weißer 14 fl.

Lottoziehung vom 13. Mai.  
Triest: 40 31 5 60 80

### Fremden-Anzeige

vom 12. Mai.

Stadt Wien.

Die Herren: Braune, Bäder; Tschinnl und Mihitsch, von Gottsche.

#### Elephant.

Die Herren: Kreinz, f. l. Notar, von Lichtenwald. — Wolmarin, Handelsreisender, von Triest. — Fritsch, Privat, von Untermostel — Rept, Pfarrer, von St. Helena.

#### Bayerischer Hof.

Die Herren: Cavalieri, Holzhändler, von Triest. — Rosan, Handels-Agent, von Oblat.

(157-2)

## AVISO.

Vom 17. bis 24. d. M. mit Ausnahme des 21. wird täglich in Laibach am Jahrmarktstage um 9 Uhr Vormittag eine Partie

### Pferde

plus offerten verkauft werden.

Vom k. k. Fuhrwesens-Standes-Depot Ur. 6.

(935-2)

Nr. 1744.

### Kuratelsverhängung.

Vermöge Clases des hohen f. f. vereinten Oberlandesgerichtes Graz vom 24. Jänner d. J. Z. 238, und h. f. f. Obersten Gerichtshofes vom 29. März d. J., Z. 2432, ist Matthias Hrenn, Nachfrage bei Johanna Rusche, Hauptplatz Nr. 311. (954-1)

(783-5)

## Mineral-Bad Krapina-Töplitz in Kroatien,

von Bad Rohitsch 3, der Südbahnstation Pöltschach 5 und Steinbrück-Sisseker Bahnstation Zaprešić 3½ Stunde entfernt, eröffnete seine Saison am 1. Mai.

Die sehr wasserreichen, eine Temperatur von 26—35° R. habenden Quellen sind bei Gicht, Rheuma und deren Folgekrankheiten von feiner bisher bekannten Quelle übertroffen, und besonders bei nachstehenden Krankheiten, als: bei Schleimhautleiden, wie Kehlkopf-, Luftröhren-, Lungen-, Magen-, Darm- und Sexual-Katarrhen beiderlei Geschlechter, bei verschiedenen Nervenzuständen, Haut- und Ohrenkrankheiten und nach Operationen als bewährt angezeigt.

Das neue Bad enthält 2 große elegante Bassins, 16 Separat-Badekabinen und 7 Wannenbäder; daranstoßend ist das neue Kurhaus mit 100 komfortabel eingerichteten Zimmern, gut besetzter Traiteurie und einer Leihbibliothek.

Vom 1. Mai verlehrt die Post mit unbeschränkter Passagiers-Aufnahme zwischen hier und Bad Rohitsch, und geht hier 7 Uhr Morgens und in Rohitsch um 1 Uhr Mittags ab.

Fahrgebühr pr. Person und 40 Psd. Gepäck 2 fl.

Auskünfte, Quartiere wie auch Separat-Wägen zu den Stationen Pöltschach und Zaprešić besorgt die Direktion, das Aerztliche Herr Dr. Dominik Banacalari, Badearzt hier.

Krapina-Töplitz im April 1865.

### Die Direktion.

### Tobelbad

bei Graz. — Saison vom 1. Mai bis Ende September.

Eisenhaltige Akratherme von + 23° R. einer sehr seltenen mittleren Temperatur.

Bassins, Separathassins und (gewärmt) in Wannen. Zweite Quelle mit + 20° R. Grosses Bassin. — Für: alle Nervenleiden aus Lebensschwäche mit erhöhter Reizbarkeit, Frauenkrankheiten, Hämorrhoidalleiden, Gicht, Rheuma, Skrofeln, Wunden und Geschwüre.

Fichtenbäder mit ersterer Mineralquelle — für Lebensschwäche mit Torpor, Unempfindlichkeit, Erschlaffung — selbst Lähmungszuständen — bei Frauen und Männern; für Fichtenbäder der Mai und September empfehlenswerth wegen dem ersten und zweiten Triebe der Fichten.

Comfortable Unterkunft, gute Küche, Cursaal, Zeitungen, Clavier, Curmusik, Kränzchen, Bälle, Curliste, Mineralwässer, Molke, Wandelbahn, Kirche, Postexpedition — eine herrliche Gegend mit ausgedehnten Nadelwäldern, die Nähe der reizenden Hauptstadt von Steiermark.

Frankierte Quartierbestellungen an die Pacht-Verwaltung in Tobelbad bei Graz.

(705-3) Dr. G. v. Kottowitz, Director und Pächter.

Grundbesitzer von Verd, wegen Verschwendungen unter Kuratel gesetzt und demselben Lorenz Oswald, Grundbesitzer von eben dort, als Kurator bestellt worden.  
K. k. Bezirksamt Oberlaibach, als Gericht, am 28. April 1865.

(957-1) Nr. 951.

### Exekutive Feilbietung.

Vom k. k. Bezirksamt Tschernembl, als Gericht, wird bekannt gemacht:

Es sei über Ansuchen der Freun & Sojz, durch Dr. Ponigratz von Laibach, gegen Markus Weierle von Borschloß Nr. 99 wegen schuldiger 333 fl. 88 kr. ö. W. in die exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Letztern gehörigen, im Grunbuch der Herrschaft Pölland sub Rkt. Nr. 135½ eingetragenen ¼ Hube im gerichtlich erhobenen SchätzungsWerthe pr. 430 fl. ö. W. gewilligt, und werden zur Boranahme die Tagessätze auf den

17. Mai,

16. Juni und

19. Juli l. J.

mit dem angeordnet, daß die Realität bei der ersten und zweiten um oder über, bei der dritten Feilbietungstagabre unter dem SchätzungsWerthe hintagegeben werden.

Das Schätzungsprotokoll und die Lizitationsbedingnisse können hiergerichts eingesehen werden.

K. k. Bezirksamt Tschernembl, als Gericht, am 11. Februar 1865.

### Wohnung.

In der Lingergrasse Nr. 276 ist eine Wohnung möbliert oder nicht möbliert, bestehend aus 2 Zimmern, 1 Alkove und Küche allzgleich zu vermieten. Nachfrage bei Johanna Rusche, Hauptplatz Nr. 311. (954-1)

## CHEFS-D'ŒUVRE DE TOILETTE!

Patronieirt an Kaiserlichen, Königlichen und Fürstlichen Höfen!  
Ausgezeichnet durch Privilegien, Patente und Medaillen!



### KRONEN - GEIST

(Quintessenz d'Eau de Cologne) Orig.-Flasche

1 Fl. 25 Nkr.

Von hervorragender Qualität — nicht nur als köstliches Riech- und Waschwasser, sondern auch als ein herrliches medikamentöses Unterstützungsmitel, welches die Lebengsteiter ermuntert und stärkt.

### Med. Dr. BORCHARDT'S Kräuter-Seife

zur Verschönerung und Verbesserung des Teints und erprobt gegen alle Hautunreinheiten, sowie mit grosser Erspriesslichkeit zu Bädern jeder Art geeignet = in versiegelten Original-Päckchen à 12 Nkr. =



### Dr. Béringuier's Veget. Haarfärbemittel

(complet in Etui mit Bürsten und Schalen à 5 Fl. öst. W.)

Als vollkommen zweckentsprechend und durchaus unschädlich anerkannt, um die Kopf- und Barthaare, sowie die Augenbrauen in allen beliebigen Schattirungen dauernd zu färben.

Professor Dr. LINDES'

### Veget. Stangen-Pomade

erhöht den Glanz und die Elastizität der Haare, und eignet sich gleichzeitig zum Festhalten der Scheitel; = in Originalstückchen à 50 Nkr. =



### Dr. Béringuier's Kräuter - Wurzel - Haaröl

in, für längeren Gebrauch ausreichenden, Flaschen à 1 Fl. zusammengesetzt aus den bestgeeigneten Pflanzen-Ingredienzen, zur Erhaltung, Stärkung und Verschönerung der Haupt- und Bart-Haare, sowie zur Verhütung der so lästigen Schuppen- und Flechtenbildung.

### Dr. Suin de Boutemard's ZAHN-PASTA

in ¼ und ½ Päckchen à 70 und 35 Nkr.

Das billigste, bequeme und zuverlässige Erhaltungs- und Reinigungsmittel der Zähne und des Zahnfleisches, erheilt dieses Pasta gleichzeitig der ganzen Mundhöhle eine höchst wohlthätige Frische.



### Balsamische Oliven-Seife

als ein mildes wirksames tägliches Waschmittel selbst für die zarteste Haut von Damen und Kindern angelegenstest empfohlen: = à Original-Päckchen 35 Nkr. =

Dr. Hartung's

### Chinarinden-Oel

zur Conservirung und Verschönerung der Haare; (in versiegelten und im Glase gestempelten Flaschen à 85 Nkr.)

Dr. Hartung's

### Kräuter - Pomade.

zur Wiedererweckung und Belebung des Haarwuchses; (in versiegelten und im Glase gestempelten Tiegeln à 85 Nkr.)

Die sämmtlichen obigen, durch ihre hervorragenden Eigenschaften rühmlichst bewährten Spezialitäten, sind

unter Garantie der Echtheit für die Stadt Laibach ausschliesslich vorrätig bei Johann Kraschowitz und Carl Boschitsch, sowie auch für Cilli: Carl Krisper, Friesach: Apoth. Otto Eichler, Klagenfurt: Apoth. Alois Maurer und Joh. Suppan, Krainburg: Franz Krisper, Neustadt: Apoth. Dom. Rizzoly, Spittal: B. Max. Wallar, Villach: Math. Fürst. (610-4)

## Trink- und Bade-Anstalt Fellach in Kärnten.

Die diejährige Füllung und Versendung des allgemein beliebten Fellaicher Sauerbrunnens hat begonnen.

### Gröfning der Saison am 15. Mai.

Für gesunde bequeme Wohnungen, so wie für gute Kost ist bestens gesorgt.

Mit der Kärntner Eisenbahn fährt man bis zu der Station Kühnendorf, und von da ab in vier Stunden mittelst Post-Stellwagen nach Fellach.

Das Depot von obigem Sauerbrunnen frischer Füllung befindet sich bei den Herren S. J. Pessiack & Söhne, deutsche Gasse Nr. 177, der Kleinst verschleiß in der Spezerei- und Eisenwaaren-Handlung der Herren Sp. & V. Pessiack, Theatergasse Nr. 42.

Eine Kiste mit 25 Flaschen, à 1½ Maß haltend, kostet loco Laibach 4 fl., mit 36 Flaschen, à ½ Maß, 4 fl. 70 fr.

### Bade-Inhabung Fellach,

letzte Post Eisenkappel,

Bahnstation Kühnendorf.

(865-3) Die Kanzlei des  
Dr. Friedrich Goldner,  
Advokaten in Laibach,  
befindet sich in der Herrngasse Nr. 208 im Baron Lazarini'schen Hause 1. Stock

Hiezu ein halber Bogen Amts- und Intelligenzblatt.